

Knut Krusewitz

Zur Aktualität des Pazifismus im 21. Jahrhundert

**Oder: Hat der Pazifismus noch die richtigen Antworten
auf die Friedensprobleme der Gegenwart?**

Der Pazifismus in Europa, namentlich in Österreich und Deutschland, entstand Ende des 19. Jahrhunderts als Kritik an bürgerlichen und sozialistischen Vorstellungen über die Ursachen von Gewalt, Krieg und Frieden. Seither wurde die Dynamik des pazifistischen Diskurses nicht nur geprägt durch die Kritik an der internen Entwicklung der Militär- und Kriegsgeschichte des 20. Jahrhunderts, sondern auch von ihrer Einbettung in unterschiedliche gesamtgesellschaftliche Problemkonstellationen.

Für das Europa der letzten hundert Jahre waren das:

- Der europäische Imperialismus bis 1914 (bürgerliche, sozialistische, pazifistische Friedensprogramme)
- Der Sieg der bolschewistischen Revolution in Russland nach 1917 (Ausdifferenzierung des pazifistischen Diskurses)
- Der Nationalsozialismus in Europa (Zerschlagung des europäischen Pazifismus)
- Der Kalte Krieg zwischen 1946 und 1989 (Spannungsverhältnis zwischen Friedensforschung und Pazifismus)
- Permanenter Weltkrieg gegen den internationalen Terrorismus (Regression der westlichen »Sicherheitspolitik« auf die Ideologie des »gerechten Krieges«, vulgo: Präventivkriege)
- Großeuropa: Zivil- oder Militärmacht (EUVerfassung/europäischer Militärisch-Industrieller Komplex)

Jede dieser für eine bestimmte Phase hegemonialen Problemkonstellationen und jeder dieser militärpolitischen Problemdiskurse gaben dem Pazifismusthema einen jeweils anderen Stellenwert, eine jeweils andere friedenskulturelle Resonanz. Die jeweils vorherrschenden Themen schufen eine Gesamtrahmung für die Wahrnehmung und Diskussion pazifistischer Probleme und schoben dabei unterschiedliche Problemlösungsperspektiven in den Vordergrund.

Allerdings wäre es eine erhebliche Verkürzung der Problemstellung, wenn ihr »subjektiver Aspekt« ausgeklammert würde. Denn der Verlauf friedensgefährdender Prozesse hängt eben nicht nur ab von bestimmten Macht-, Herrschafts- und Wirt-

schaftsverhältnissen, von Krisen, Wendepunkten und Kriegen, sondern auch von der Fähigkeit einzelner Menschen, solche Prozesse erkennen und erklären zu können, um aktiv in sie einzugreifen.

Das Theorie-Praxis-Programm

Tatsächlich gab der Pazifismus richtige Antworten, beeindruckende sogar, wenngleich dies Datum bereits einige Zeit zurückliegt. Darüber belehrt ein meines Wissens beispielloses pazifistisches Dokument. Die Rede ist vom »Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart«, das der zwanzigjährige Student Walter Fabian und sein einundzwanziger Kommilitone Kurt Lenz im März 1922 herausgaben. Ein Reprint veröffentlichte Walter Fabian 1985 im Bund-Verlag. Dies Handbuch hat von seiner Bedeutung nichts eingebüßt, weil das dort vorgestellte pazifistische Theorie-Praxis-Verständnis wegen seines inner- und weltgesellschaftlichen Ansatzes für den heutigen Friedensdiskurs noch allemal eine Bereicherung ist.

Das unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges entwickelte Theorie-Praxis-Programm bestand aus drei großen Themenbereichen:

1. Wege zum Pazifismus: Geschichte des Pazifismus, Wissenschaften, Religionen, Ethik, Demokratie, Sozialismus, Revolution.
2. Verwirklichung des Pazifismus: Abrüstung, Kriegsdienstverweigerung, Ethik, Völkerrecht, Weltarbeitsrecht, Weltgerichtshof.
3. Praxisgebiete des Pazifismus: Innere Politik, Auswärtige Politik, Weltwirtschaft.

Eine solche Herangehensweise an die großen Friedensprobleme war damals zukunftsweisend. Nach einem weiterem Weltkrieg, nach Auschwitz, nach Hiroshima und Nagasaki, nach den Kriegen gegen Vietnamkrieg und Irak sollten uns die großartigen Arbeiten der damaligen PazifistInnen ermutigen, alte und neue Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, ähnlich komplex zu bearbeiten.

Fehlender Ausstieg aus der Zwangslogik der Gewalt

Unabhängig davon, ob wir die Friedensprobleme unserer Epoche erkennen und erklären kön-

nen, wird der Pazifismus auf absehbare Zeit weder seine inner- noch seine weltgesellschaftliche Bedeutung einbüßen.

Hauptgrund: Die ökonomischen, politischen und militärischen Ursachen, die ihn im 19. Jahrhundert hervor brachten, haben zwar nach zwei Weltkriegen, dem Holocaust und einem Kalten Krieg ihre Formen verändert.

Aber die Herrschenden in den westlichen Demokratien versuchen auch zu Beginn des im 21. Jahrhunderts nicht, sukzessive aus der Zwangslage gewaltgestützter politischer Methoden auszuweichen. Im Gegenteil.

Was Karl Georg Zinn dieser Tage über die globale Rolle der USA ermittelte, beschreibt, nehmen wir alles in allem, auch die globalen Interessen mächtiger EU-Länder, namentlich die der Bundesrepublik.

Der Untergang des Sowjetimperiums, so Zinn, habe die weltgeschichtlich einmalige Situation geschaffen, wonach nur noch eine globale Hegemonialmacht existiere, die USA. Sie verfüge über die militärischen und deshalb auch die politischen Mittel, ihre Interessen und Wertvorstellungen weltweit durchzusetzen. Um aber diese Hegemonialstellung aufrecht zu erhalten, müssten die USA ihre militärische Stärke auf dem erreichten Überlegenheitsniveau halten. Deshalb liege es nicht in ihrem Interesse, massiv abzurüsten, und zwar auch dann nicht, wenn sich andere Länder zu entsprechenden Vereinbarungen bewegen ließen.

Denn die Interventionskompetenz bzw. die Bedrohungsstärke der USA resultiere aus der faktisch vorhandenen, nicht aus einer rein potenziellen militärischen Stärke. Dieser beispiellose Sachverhalt mache verständlich, warum die USA auch künftig ihre Rüstungsausgaben und ihren militärischen Personalbestand nicht an einer konkreten Bedrohungslage ausrichten würden, sondern an den Erfordernissen zur Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Vormachtsstellung. (*Karl Georg Zinn, Der Kapitalismus und die neue Hegemonialstellung der USA. Zur Rolle von Ökonomie, Politik und Militär zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: ders., Zukunftswissen, Hamburg 2002, S. 109 f.*)

■ Clausewitz hat Konjunktur, Kant »is out«

Das ist keine Verteidigungslogik mehr, sondern die Logik imperialer Interventionsfähigkeit.

Aber gerade deshalb muss sich die hegemoniale Rüstungspolitik mit Blick auf die amerikanischen Steuerzahler und Wähler, aber auch die Weltöffentlichkeit als Verteidigungserfordernis tarnen.

Zu diesem Zweck haben die alten Bellizisten der Öffentlichkeit unmittelbar nach Ende des Systemkonflikts neue Bedrohungen präsentiert. Und zwar keineswegs die amerikanischen. Denn die serienmäßige Produktion von Bedrohungsanalysen begann in der Bundesrepublik 1992 mit den Verteidi-

gungspolitischen Richtlinien (VPR), setzte sich in USA Mitte 1995 mit der Neuakzentuierung der National Security Strategies (NSS) fort und endete einstweilen 2003 mit dem Krieg auslösenden Konstrukt von den irakischen Massenvernichtungswaffen.

Wen wundert es, dass die Bellizisten in den USA und Europa inzwischen entzückt sind über ihre Inszenierung einer Renaissance des Krieges als politischem Mittel. Carl von Clausewitz hat wieder Konjunktur, Immanuel Kant »is out«.

■ Pazifistische Herausforderungen

Das strukturkonservative Verhältnis von Kapitalismus und politisch-militärischer Macht, das beiden ein besonderes Maß an Frieden gefährdender Beharrungskraft verleiht, bringt in Kriegszeiten immer auch seine pazifistisch argumentierenden KritikerInnen hervor. Dafür bot zuletzt die Intervention der USA und Großbritanniens in den Irak den einschlägigen Anschauungsunterricht.

Ihre Kritik an dieser Intervention lautete stichwortartig:

- Konstruierter Bedrohungsanlass
- Missachtung der UNO-Charta
- Angriffskrieg
- Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht
- Kriegsverbrechen
- Umweltzerstörung
- Willkürherrschaft des Okkupationsregimes
- Brutalisierung der Truppe
- Folter

Das ist eine Seite des Strukturkonservatismus. Seine andere ist eine in der Nachkriegszeit beispiellose Auszehrung der sozialstaatlichen Solidarität und Bereicherungsmentalität in den kapitalistischen Gesellschaften.

Das nötige ideologische Instrumentarium hatten neoliberal-konservative Vordenker eines neuen Akkumulationsregime längst bereit gestellt. Jetzt wurde es sowohl in den entwickelten Ländern wie in den von ihnen beherrschten internationalen Organisationen – Weltbank, IWF, OECD –, angewendet:

- Primat der Währungsstabilität und Haushaltsstrenge
- Privatisierung
- Senkung der Staatsquote
- Flexibilisierung der Arbeit
- Steigerung der Produktivität
- Senkung der Lohn- und so genannten Lohnnebenkosten
- Abbau von Transferleistungen (Sozialleistungen) und schließlich
- beschleunigter Trend zur Globalisierung der Kapitalbewegung mit dem Ziel, die Produktionskosten durch Wahl der weltweit kostengünstigsten Standorte zu senken. (*Gilbert Zie-*

bura: Euroliberalismus, Renationalisierung oder eine demokratische Alternative, in: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM), Hrsg., Wege zu einem anderen Europa, Köln 1997, S. 79 f.)

Die wohlfahrtsstaatliche Deregulierung des kapitalistischen Systems schafft im Inneren ein Klima für die Bereitschaft, nicht mehr die Frieden gefährdenden Konsequenzen dieses Herrschafts- und Wachstumsregimes zu sehen, sondern nur noch die eigenen Wohlstandsinteressen zu verteidigen.

Daraus folgerte dieser Tage auch ein Konservativer wie Norbert Blüm: »Ich glaube, dass auch wir auf Dauer nicht in Frieden leben können und auch unsere Beschäftigungsprogramme nicht in den Griff bekommen, wenn nicht die Welt in Ordnung kommt. Wenn das Gefüge zwischen Arm und Reich so bleibt, wie es ist, wird es keinen Frieden geben.« (*Main-Post, Nr. 108, 11. Mai 2004, S. 2*)

Pazifismus bleibt folglich objektiv auf der Agenda. Das heißt allerdings nicht, wir könnten gleichsam qua Amt richtige Fragen stellen und entsprechende Antworten geben. Es wäre schon einiges gewonnen, wenn wir uns darauf verständigen könnten, was wichtige pazifistische Herausforderungen sind, bevor wir versuchen, sie zu erklären.

Etwa die Frage nach dem Zusammenhang von gerechter Verteilung, Hunger, Gewalt und Krieg, nach Sinn und Unsinn von bestimmten Produktionen und der hierfür notwendigen Arbeit. Denn je infamer die Verteilungsstrukturen auf der Erde werden, desto gefährdeter ist der Weltfriede. Karl Georg Zinn, einer der nicht eben zahlreichen beeindruckenden deutschen Ökonomen der Gegenwart, warnte bereits vor einem Vierteljahrhundert, die weitere »Verelendung der Dritten Welt« führe »zu einer Intensivierung militärischer und terroristischer Auseinandersetzungen«. (*Karl Georg Zinn: Die Kategorien »produktiv« und »unproduktiv« in der Ökonomie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 17/1980 (26. April 1980), S. 37*)

Wenn globale Verteilungsgerechtigkeit zur Herstellung menschenwürdiger Arbeits-, Lebens- und Politikverhältnisse von außerordentlicher praktischer Bedeutung für eine dauerhafte Weltfriedensordnung ist, lässt sich die Frage stellen: Tragen die dominierenden gesellschaftlichen Interessen und Werte sowie ihre Rechtfertigungen in den Mitgliedsländern der EU, der OECD und der NATO zu einer Welt ohne Gewalt, Ausbeutung und Krieg bei oder stellen sie selbst eine ständige Bedrohung des Friedens dar?

■ Sind die westlichen Demokratien friedensfähig?

Ich möchte mit einer pazifistischen Fragestellung einleiten, die seit der Weimarer Republik an-

scheinend nicht mehr zu den zentralen Themen pazifistischen Denkens und Handelns gehört.

Es ging damals um die pazifistische Kritik sowohl am »demokratischen« wie am »sozialistischen« Frieden. Heute, da wir über einen »zukunfts-fähigen europäischen Frieden« nachdenken wollen, könnte man die Fragestellung vielleicht so formulieren:

- Sind entwickelte kapitalorientierte Wachstumsgesellschaften des 21. Jahrhunderts friedfertiger als ihre imperialistischen Vorläufer des späten 19. Jahrhunderts,
- herrscht also, wo die NATO-Staaten regieren, bereits dauerhaft Frieden, und
- wenn nein, was besagt dann die Rede vom »demokratischen Frieden«, die inzwischen auch als OECD-Handbuch für »Prevent Violent Conflict-Guidelines« vorliegt? (*OECD, Hrsg., The DAC Guidelines. Helping Prevent Violent Conflict, Paris 2001*)

Bereits eine oberflächliche Durchmusterung der Friedensfähigkeit westlicher Demokratien nach Ende des Ost-West-Konflikts ergibt einen deprimierenden Befund. Danach haben sie in nur dreizehn Jahren ohne Selbstverteidigungsgrund schon sieben Mal Krieg geführt: Gegen Irak 1991, in Somalia 1993, in Bosnien 1994/95, im Irak 1998 (Operation »Desert Fox«), gegen Jugoslawien 1999 (NATO), gegen Afghanistan 2001 (NATO) und gegen Irak 2003 (USA/Großbritannien).

Das ist ein erheblicher Widerspruch zum vorherrschenden Selbstbild, wonach ihr »demokratischer Frieden« auf dem Weltmarkt für Sicherheitsprodukte aller Art inzwischen konkurrenzlos sei.

Den Widerspruch vertieft die EU mit ihrer »Europäischen Sicherheitsstrategie« (2003), deren Philosophie sich auch im »Vertrag der Verfassung für Europa« wiederfindet. Diese »Sicherheitsstrategie« basiert auf der Annahme, die EU

- mit künftig 25 Mitgliedsstaaten,
 - 450 Millionen Einwohnern,
 - zirka einem Viertel des Welt-Bruttosozialprodukts,
 - zwei Millionen Soldaten und
 - 160 Milliarden Euro Militärausgaben
- müsse fortan bereit sein, ihren Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit zu übernehmen.

Dabei wird auch in diesem Fall mit einem »erweiterten Sicherheitsbegriff« gearbeitet, der neben militärischen Bedrohungen auch politische, ökonomische und ökologische Risikopotenziale einbezieht. Mit dieser Methode wird ein Krisenmanagement gewählt, das auf unzulässige Weise zivile, ökologische und militärische Sicherheitsprobleme vermengt. (*EU-Commission, A secure Europe in a better World: European Security Strategy, Brussels 12. Dechember 2003, S. 1 f.*)

Der »Vertrag über eine Verfassung für Europa« sieht die Verpflichtung der EU-Mitgliedsstaaten vor, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Zudem verpflichtet er zur Einrichtung eines »Europäischen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten«.

Zu dessen wichtigsten Aufgaben sollen

- Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors gehören
- sowie die Unterstützung des Ministerrats bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten. (*Europäischer Konvent, Vertrag über eine Verfassung für Europa, Brüssel 18. Juli 2003, CONV 850/03*)

■ Die EU auf Kriegskurs

Man kann unschwer vorhersehen, dass die Europäische Rüstungsagentur zu diesem Zweck unterschiedlich begründete Gefahren und Bedrohungen ermittelt, denen eines gemeinsam sein wird: Die hegemoniale Struktur des transnationalen Kapitalismus, der Kern der Globalisierung, darf niemals ursächlich zusammen gebracht werden mit globalen Bedrohungen. Die Ideologen der kapitalorientierten Globalisierung werden einen Teufel tun, den Hauptgrund für die zunehmenden Gegensätze zwischen armen und reichen Gesellschaften als Bedrohung des Weltfriedens zu identifizieren.

Denn sie wissen, dass ihre Auftraggeber die Nutznießer der neoliberalen Funktionsbedingungen des Weltmarktes sind – und weil sie wissen, warum deshalb ein gerechter, friedlicher Interessenausgleich verhindert wird.

Wer folglich zukünftig die wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten der EU als machtpolitisches Instrumentarium einsetzen will, tut das mit der Absicht, gemeinsam mit den USA eine Weltordnung aufrecht zu erhalten, deren Profiteure beide sind – und dauerhaft auf Kosten von 80 Prozent der Menschheit bleiben wollen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese segensreiche Rüstungsagentur ihre Security Guidelines veröffentlicht, die festlegen, unter welchen Sicherheitsannahmen sich die EU zu Präventivschlägen nach US-Vorbild mandatiert.

Ziehen wir eine Zwischenbilanz:

- Davon, dass die kapitalistischen Demokratien sich nach Ende des Kalten Krieges vom bellizistischen Erbe der Vergangenheit befreit hätten, kann keine Rede sein.
- Sie schaffen weiterhin nur einen Frieden, dem, wie gehabt, seine Konflikt- und Kriegsursachen immanent bleiben.
- Statt die verhängnisvolle Hegemoniallogik des US-Kapitalismus zu durchbrechen, will der europäische sie noch verstärken.

■ Die Ideologie vom »demokratischen Frieden«

Dieser Befund steht im eklatanten Widerspruch zu den Verheißungen frühbürgerlicher Friedensvorstellungen solcher Klassiker wie Adam Smith, Immanuel Kant und John Stuart Mill, auf sich die Vertreter des »demokratischen Friedens« noch heute berufen.

Diese Verheißungen besagten – in Zusammenfassung – folgendes:

Die industrie-kapitalistische Gesellschaft würde sich von den vorangegangenen feudalen, theokratischen oder militanten Gesellschaften wesentlich in dem Punkt unterscheiden, dass Macht nun friedlich, ohne physische Gewaltanwendung ausgeübt werden konnte.

Damit verbunden war die Hoffnung, der wirtschaftliche Liberalismus im Sinne des Laissez-fair-Konzepts würde merkantilistische und imperialistische Gewinnvorstellungen verdrängen und eine friedliche Weltordnung etablieren, die höchstens durch begrenzten selektiven Protektionismus geregelt werden müsse.

Regieren würden rationale, technokratische Industrielle und Bankiers, Profit träte an die Stelle von kolonialer Ausplünderung, Mehrwert, so glaubte man, ließe sich fortan durch rein ökonomische Mittel erzielen, und der Markt beziehungsweise die Arbeitsteilung würden sich, sobald sie erst einmal Wirklichkeit geworden seien, selbst regulieren.

Macht hatte außerdem eine transnationale Dimension. Der Staat würde schwach bleiben, infolge der massiven globalen Wirkungen des Industrialismus, des Kapitalismus und der Wissenschaften vielleicht sogar absterben. Und weil Europa sich transnational industrialisierte, würde es sich zwangsläufig zum Zentrum »einer Weltwirtschaft und Weltgesellschaft« entwickeln, die dem Krieg seine wesentlichen Ursachen entzogen habe. (*Michael Mann, Geschichte der Macht, Frankfurt-New York 1998, S. 153 f.*)

Die hier skizzierte Version eines »liberalen Friedens« endete in den Massengräbern des Ersten Weltkrieges, überlebte aber als Ideologie vom »demokratischen Frieden«, den die Herrschenden in den Mitgliedsstaaten der NATO, der OECD und der EU für alternativlos halten.

■ Kritik an der sozialistischen Friedensauffassung

Auf diesem Hintergrund überrascht, dass für die Klassiker des Sozialismus der Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Demokratie und Friedensfähigkeit kein Thema war, das sie systematisch bearbeitet haben.

Karl Marx und Friedrich Engels waren zwar der Ansicht, die sozialistische Gesellschaft werde in ei-

ner späteren Zukunft den Krieg beseitigen. Aber in der Periode des Kapitalismus hielten sie den Krieg für ein Mittel der Politik, mit dem bürgerliche und sozialistische Politiker rechnen müssten.

Zudem beurteilte der Marxismus jeden Krieg nach den Interessen des internationalen Proletariats, und so sollen die sozialistischen Arbeiter aller Länder zu jedem Krieg eine einheitliche Auffassung vertreten. (*Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1983, S. 78*)

Dieses klassentheoretisch begründete Kriegesverständnis findet sich später in zahlreichen Dokumenten der II. Internationale wieder. So beispielsweise in der berühmt gewordenen Abschlussresolution des internationalen Sozialisten-Kongresses, der im August 1907 in Stuttgart stattfand.

»Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.« (*»Abschlussklärung«, in: Protokolle, Buchhandlung Vorwärts, Hrsg., Berlin 1907 Internationaler Sozialisten-Kongress, 1907, S. 64-65*)

Die PazifistInnen in der Weimarer Republik kritisierten beide Friedensauffassungen. Und zwar aus mindestens zwei Gründen.

Sie verwarfen deren Annahmen über gerechte und ungerechte Krieg als durchsichtige macht- und interessegebundene Konstrukte; Kriege wurden für sie eben nicht dadurch erträglicher, wenn sie im Namen des internationalen Proletariats statt im Namen Gottes geführt werden sollten.

Zum anderen kritisierten sie die Vorstellung, wahlweise der Wirtschaftsliberalismus oder der Wirtschaftssozialismus würde automatisch zur Abschaffung aller Kriege führen.

Für eine pazifistische Kritik an der heutigen Ideologie vom »demokratischen Frieden« taugen beide Annahmen noch weniger, weil die UN-Charta die Gedankenfigur vom »gerechten« Krieg im Jahr 1945 völkerrechtswidrig stellte und die Auffassung, Kriege würden einfach absterben, völlig unhistorisch ist.

Fazit

Was bereits für die PazifistInnen in der Weimarer Republik galt, gilt erst recht für uns: Wir können weder auf bürgerliche noch auf sozialistische Friedensvorstellungen rekurrieren, sondern müssen pazifistische begründen.

Eine solche Fragestellung hätte mit den historischen Ursachen zu beginnen, die erklären könnten, warum westliche Demokratien auch nach ihrem Sieg über den internationalen Klassenfeind unfähig bleiben, eine Weltordnung ohne Gewalt, Naturraubbau, Ausbeutung und Krieg zu gestalten.

Durch ein solches Problemdesign würde auch der interessierten Öffentlichkeit der Pazifismus wieder nachhaltiger als europäisches und menschheitliches Projekt bewusst.

Prof. Dr. Knut Krusewitz ist Mitglied der DFG-VK und war bis zu seiner Emeritierung Hochschullehrer an der TU Berlin im Fachbereich Umwelt und Gesellschaft.

Dieser Beitrag ist die schriftliche Fassung eines Referates bei einem Seminar der Bertha-von-Suttner-Stiftung im Mai in Kassel.

